

Anlage 1 zur Wettbewerbsbekanntmachung

„Rathaus der Zukunft mg+, Mönchengladbach“

Bekanntmachungsnummer im Supplement zum Amtsblatt der EU 2019/S 005-007845

Zu I.3 Kommunikation

Der Teilnahmeantrag zum Bewerbungsverfahren erfolgt in drei Stufen (1, 2 und 3):

1. Stufe - Ausfüllen des Online-Bewerbungsformulars

Folgende Daten (textliche Angaben und Bilddateien) sind im Online-Bewerbungsformular auf der Wettbewerbs-Homepage www.phase1.de/rathausderzukunft einzugeben:

- Schritt 1: **Bürodaten**
(Firmierung, Adresse etc.)
- Schritt 2: **Personen**
Vertretungsberechtigte Personen (Namen, berufliche Qualifikation, Berufszulassung etc.)
- Schritt 3: **Bewerbergemeinschaften/Unterauftragnehmer**
Angaben zu etwaigen Zusammenschlüssen von Planungspartnern
- Schritt 4: **Referenzprojekte**
Angaben zu mit der Aufgabenstellung vergleichbaren Referenzprojekten und Hochladen je einer Bilddatei pro Referenzprojekt (in ausreichender Auflösung für einen Ausdruck in DIN A4 Querformat):
3 Referenzprojekte zu Leistungen der Objektplanung für Gebäude und Innenräume.
Die Bilddatei des jeweiligen Referenzprojekts sollte textliche Erläuterungen sowie mehrere Motive beinhalten (Fotos, Renderings, Lageplan, Grundrisse, Ansichten, Schnitte).
- Schritt 5: **Erklärungen** (die nicht über das EEE Formular abgefragt werden)
- zur beruflichen Qualifikation
- zum Abschluss einer ausreichenden Berufshaftpflicht im Auftragsfall etc.
- Schritt 6: **Überprüfung**
In diesem Schritt können Sie Ihre Eingaben online überprüfen, bevor sie das PDF-Dokument des Online-Bewerbungsformulars erstellen.
- Schritt 7A: **Abschluss – Online-Bewerbungsformular**
Zum Abschluss generiert sich ein PDF-Dokument des Online-Bewerbungsformulars mit allen online eingegebenen Inhalten sowie verkleinerten Darstellungen der hochgeladenen Bilddateien.

Abschluss der Bewerbung als elektronische Einreichung (Upload) siehe 3. Stufe

2. Stufe - Ausfüllen der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE)

Die erforderlichen Eigenerklärungen über die Befähigung und Eignung zur Teilnahme sind über die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) einzureichen. Über die Wettbewerbs-Homepage www.phase1.de/rathausderzukunft wird eine elektronische Vorlage im Dateiformat XML zur Verfügung gestellt, die online über den Dienst der Europäischen Kommission zum Ausfüllen und Wiederverwenden der EEE unter der Adresse <https://ec.europa.eu/tools/espd/> eingelesen und ausgefüllt werden kann. Nach der Auswahl „Ich bin ein Wirtschaftsteilnehmer“ kann die XML-Datei der EEE importiert werden. Anschließend sind die Angaben zum Bewerber zu ergänzen, die Inhalte der genannten Eigenerklärungen zu prüfen und abschließend das pdf zu generieren.

Nähere Information zum EEE sind erhältlich beim Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/leitfaden-einheitlichen-europaeischen-eigenerklaerung.pdf> und bei der Europäischen Kommission unter <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/17242>.

3. Stufe - Elektronische Einreichung des Teilnahmeantrags

Schritt 7B: **Abschluss – Upload und Finale Einreichung**

Anschließend ist der Teilnahmeantrag, bestehend aus

- Online-Bewerbungsformular
 - Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE)
 - sowie ggf. Nachweis der Vertretungsbefugnis
- elektronisch über www.phase1.de/rathausderzukunft an [phase eins]. einzureichen.

Dazu sind alle Teile des Teilnahmeantrags, ggf. von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft, rechtsverbindlich im Original zu unterschreiben und als Scan über das Online-Bewerbungsformular elektronisch einzureichen.

Darüber hinaus gehende Einsendungen werden nicht berücksichtigt.

Dokumente und Nachweise sind im Original vorzuhalten und ggf. auf Anforderung vorzuweisen.

Es können nur Bewerbungen berücksichtigt werden, die innerhalb der Bewerbungsfrist über das elektronische Online-Bewerbungsformular unter www.phase1.de/rathausderzukunft eingegangen sind. Anspruch auf Kostenerstattung im Teilnahmewettbewerb besteht nicht.

Nicht fristgerecht eingegangene, unvollständige und/oder formal nicht ordnungsgemäße Teilnahmeanträge bleiben unberücksichtigt. Fristgerecht bedeutet die Einreichung des vollständigen und unterschriebenen Bewerbungsformulars mit allen geforderten Unterlagen zum 5. Februar 2019, 10:00 Uhr MEZ.

Die Nachforderung fehlender Unterlagen bleibt gemäß VgV 2016 Artikel 1 § 56 Abs. 2 bis 4 vorbehalten. Im Fall der Nachforderung bedeutet fristgerecht die Einsendung des vollständigen und unterschriebenen Bewerbungsbogens zum 5. Februar 2019, 10:00 Uhr MEZ und die auf Nachforderung nachgereichten Unterlagen zum in der Nachforderung genannten Datum.

Auskünfte werden ausschließlich über das Online-Forum unter www.phase1.de/rathausderzukunft erteilt. Rückfragen müssen bis 7 Tage vor der Abgabefrist, also bis spätestens Dienstag, den 29. Januar 2019, 18.00 Uhr MEZ gestellt werden. Zur Gewährung des gleichen Informationsstandes aller Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften werden die Rückfragen, sobald sie beantwortet sind, laufend unter der o.a. Internetadresse veröffentlicht. Es liegt in der Verantwortung des Bewerbers sich über ergänzende Informationen, die über das Online-Forum bekanntgegeben werden, in regelmäßigen Abständen zu informieren.

Zu III.1.) Teilnahmebedingungen

A Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)

1. Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen wird nach § 48 (3) VgV eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV verlangt; weitere Eigenerklärungen sind über das Online-Bewerbungsformular abzugeben.
2. Die EEE wird unter www.phase1.de/rathausderzukunft als Vorlage elektronisch bereitgestellt. Die ausgedruckte EEE ist rechtsverbindlich zu unterzeichnen und mit dem Teilnahmeantrag als pdf-Dokument elektronisch einzureichen.
3. Die Personen, die zur Unterzeichnung des Antrags und zur Vertretung des Bewerbers in diesem Vergabeverfahren ermächtigt sind, sind in der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und in gleicher Form im Online-Bewerbungsformular auf www.phase1.de/rathausderzukunft zu nennen.
4. Im Fall einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) für jedes Mitglied einzeln vorzulegen (§ 47 (4) VgV).
5. Bei beabsichtigter Vergabe eines Unterauftrags wird mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung des Bewerbers verlangt, welche Teile und Anteile des Auftrags das Unternehmen beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben (§ 46 (3) Nr. 10 VgV). In diesem Fall ist vom beabsichtigten Unterauftragnehmer die EEE separat einzureichen (§ 47 (2) VgV).
6. Verpflichtungserklärungen nach § 47 (1) VgV der Unternehmer, an die ein Unterauftrag vergeben werden soll, werden von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefördert werden, und sind spätestens mit dem Angebot vorzulegen.

B Gesamtschuldnerische Haftung

Bewerber-/Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften und ein geschäftsführendes Mitglied als bevollmächtigter Vertreter bestimmt ist. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt sowohl die Bewerber-/Bietergemeinschaft als auch im Auftragsfall die dann zu bildende Arbeitsgemeinschaft (§ 53 (9) VgV).

Für die Mithaftung von Unternehmen deren Kapazitäten gem. §47 VgV in Anspruch genommen werden, wird die Anforderung aus §47 (3) gestellt.

Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag eine entsprechende von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung einzureichen. Diese erfolgt, ergänzend zur EEE und den darin geforderten Erklärungen und Angaben, über das Online-Bewerbungsformular unter www.phase1.de/rathausderzukunft.

Zu III.1.10) Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer

Die Auswahl der Teilnehmer am Wettbewerb erfolgt aufgrund von formalen Teilnahmebedingungen und den nachfolgend genannten Kriterien für die Bewertung der eingereichten Referenzen.

A Formale Teilnahmebedingungen für Bewerber

1. Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags. (Nachweis durch Bestätigungs-E-Mail, die nach erfolgreichem Upload versendet wird. Der Nachweis ist aufzubewahren).
2. Vorlage des online vollständig ausgefüllten, rechtsverbindlich unterschriebenen und elektronisch eingereichten Bewerbungsformulars mit nachfolgenden Angaben und Eigenerklärungen:
 - a) Angaben zu Geschäftssitz und Büroprofil des Bewerbers.
 - b) Angaben zu Inhabern/Partnern: Nachweis der Vertretungsbefugnis (der Person, die die Bewerbung unterzeichnet) bei juristischen/natürlichen Personen soweit diese Personen eintragungspflichtig sind (im Falle einer GmbH, z.B. durch die Vorlage des Handelsregistrauszugs). Für Bewerber, die den Nachweis durch einen Handelsregistrauszug nicht führen können (z.B. GbR), ist eine Eigenerklärung/Vollmacht einzureichen aus der die Vertretungsbefugnis der unterzeichnenden Person hervorgeht.
 - c) Angaben zu bis zu drei Referenzprojekten, die eigenverantwortlich bearbeitet wurden, gemäß der Beschreibung in der 1. Stufe Online-Bewerbungsformular Schritt 4. anzugeben sind zu allen Referenzen u.a.: Projekttitel, Projekttyp (Honorarzone), Ort, Bauherr (öffentlich/nicht-öffentlich), Art der Baumaßnahme, beauftragte und erbrachte Leistungsphasen, Projektgröße (BGF, NUF), Projektvolumen (Bauwerkskosten KG 300+ 400), Status der Realisierung sowie der Bearbeitungszeitraum. Unvollständige Angaben können zu Minderbewertungen führen.

Folgende Eigenerklärungen müssen im Teilnahmewettbewerb abgegeben werden.

- d) Eigenerklärung nach VgV 2016 §48, des Bewerbers bzw. aller Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (über EEE Formular).
- e) Eigenerklärung des Bewerbers bzw. aller Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft zur Richtigkeit aller Angaben im Bewerbungsformular (über EEE Formular).
- f) Erklärung des Teilnehmers, dass kein Interessenkonflikt gem. §6 VgV besteht (über EEE Formular).
- g) Eigenerklärung bezgl. der beruflichen Qualifikation des Bewerbers bzw. aller Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft gem. §44 VgV 2016 (über Online-Bewerbungsformular).
- h) Eigenerklärung des Bewerbers, im Auftragsfall eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 5.000.000 Euro für Personenschäden und 10.000.000 Euro für Sachschäden abzuschließen und diese für die gesamte Dauer des Vertrages bis zur vollen Leistungserbringung aufrechtzuerhalten (über Online-

Bewerbungsformular). Die Berufshaftpflichtversicherung muss sich auch auf die Leistungen von Unterauftragnehmern beziehen. Siehe VI.3, 3 b).

Im Falle einer Werbergemeinschaft, Eigenerklärung aller Mitglieder gesamtschuldnerisch oder ggf. an den Honoraranteilen orientiert zu haften. Der Generalplaner/federführende Architekt ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.

Folgende Nachweise müssen nach abgeschlossenem Teilnahmewettbewerb durch die zur Wettbewerbsteilnahme ausgewählten Bewerber mit der Bestätigung ihrer Wettbewerbsteilnahme eingereicht werden.

- i) Nachweise der beruflichen Qualifikation des Bewerbers bzw. aller Mitglieder einer Werbergemeinschaft gem. §44 VgV 2016 inkl. eventuell notwendiger beglaubigter Übersetzungen. Im Fall von juristischen Personen ist der Nachweis für den bevollmächtigten Vertreter des Unternehmens zu erbringen.

- 3. Mehrfachbewerbungen, auch einzelner Objektplaner, die Mitglied in Werbergemeinschaften sind und/oder sich als Unterauftragnehmer benennen lassen, sind nicht zulässig. Verstöße hiergegen führen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu einem Ausschluss führen.

B Bewertung der eingereichten Referenzen

Anhand der eingereichten Referenzprojekte wird die technische sowie die planerisch-gestalterische Leistungsfähigkeit bewertet. In der Gesamtbewertung können maximal 1.000 Punkte pro Bewerber vergeben werden. Die Matrix in Anlage 2 zur Wettbewerbsbekanntmachung, zu erhalten über www.phase1.de/rathausderzukunft, erläutert das Bewertungsschema.

Die technische Leistungsfähigkeit wird anhand der Angaben im Online-Bewerbungsformular nach den folgenden Einzelkriterien bewertet. Darüberhinausgehende Informationen über die Referenzprojekte werden nicht berücksichtigt.

Die Angaben zu den Referenzprojekten erfahren eine gestufte Bewertung nach Punkten, die unterschiedlich gewichtet werden.

1. Referenzprojekte Objektplanung für Gebäude und Innenräume

- A1 Projekttyp d.h. Komplexität der Planungsanforderung durch Nennung der Honorarzone (10-fach)
- A2 Auftraggeber, öffentlich oder nicht-öffentlich (2-fach)
- A3 Baumaßnahme, d.h. Umbau, Sanierung oder Neubau (4-fach)
- A4 Leistungsbild, ausgedrückt durch Nennung der bearbeiteten Leistungsphasen (10-fach)
- A5 Projektgröße durch Nennung der NUF bzw. BGF oder Baukosten KG 300+400 (8-fach); von den beiden Angaben wird diejenige berücksichtigt, die eine höhere Bewertung der Referenz bedeutet
- A6 Status Realisierung (4-fach)
- A7 Aktualität des Projekts durch Nennung des Jahres des Abschlusses der vom Bewerber eigenverantwortlich erbrachten Leistungen; ohne Leistungsphase 9 (2-fach)

Bei der Bewertung der planerisch-gestalterischen Leistungsfähigkeit (Kriterium B1 und B2) wird der Auftraggeber durch ein Gremium beraten, dem u.a. zwei vom Preisgericht und vom Auftraggeber unabhängige Architekten angehören.

Bewertet wird die planerisch-gestalterische Leistungsfähigkeit ausschließlich anhand der Angaben im Online-Bewerbungsformular sowie den Darstellungen in den mit der Bewerbung eingereichten Bilddateien zu den Referenzprojekten unter Berücksichtigung der Übertragbarkeit auf das anstehende Projekt sowie den in Abschnitt II.2.4 genannten Anforderungen.

Der Auslober behält sich das Recht vor, für den Fall gleichwertiger Bewerbungen per Los zu entscheiden.

Zu III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufstand

Teilnahmeberechtigt gem. §4 Abs.1 RPW 2013 sind in den EWR sowie den Staaten der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) ansässige natürliche Personen, die, am Tage der Bekanntmachung, nach den am Tage der Bekanntmachung geltenden Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung "Architekt" gem. Art. 1 oder Art. 2 BauKaG berechtigt und selbständig, freiberuflich tätig sind. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung Richtlinie 2013/55/EU (EU-Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist.

Teilnahmeberechtigt sind ferner Arbeitsgemeinschaften natürlicher Personen sowie juristische Personen, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck der Wettbewerbsaufgabe entsprechende Planungsleistungen gehören, sowie Arbeitsgemeinschaften solcher juristischen Personen. Juristische Personen haben einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist. Der bevollmächtigte Vertreter sowie der (die) verantwortliche(n) Verfasser der Wettbewerbsarbeit müssen die Anforderungen erfüllen, die an natürlichen Personen als Teilnehmer gestellt werden.

Die Teilnahmeberechtigung der Verfasser wird nach der Preisgerichtssitzung nochmals (gem. §4 Abs.1 und 2 RPW 2013) überprüft, ebenso wie die Übereinstimmung der Verfasser der eingereichten Arbeit mit den Angaben im Rahmen des Bewerbungsverfahrens, zumal andere Verfasser der gleichen Fachrichtung als angegeben am Verfahren nicht teilnehmen dürfen. Eine Nichtübereinstimmung in den Angaben zu den verantwortlichen Bewerbern in den Bewerbungsunterlagen und zu den Verfassern in der Verfassererklärung führt zum Ausschluss vom Verfahren.

Zu IV.1.2) Art des Wettbewerbs

Der Wettbewerb wird als Planungswettbewerb gemäß Vergabeverordnung (VgV) bzw. als nichtoffener, Planungswettbewerb mit vorgeschaltetem, offenem Teilnahmewettbewerb nach der „Richtlinie für Planungswettbewerbe 2013“ (RPW 2013) §3 Abs. 1 (Realisierungswettbewerb), Abs. 3 und Abs. 4 ausgeschrieben. Das Verfahren ist anonym. Die Namen der Teilnehmer der 2. Phase werden den Mitgliedern des Preisgerichts und dem Auslober erst nach Abschluss der Entscheidung des Preisgerichts in der 2. Phase bekannt gemacht.

Über den Teilnahmewettbewerb werden max. 20 Teilnehmer zur Teilnahme am Wettbewerb ausgewählt. Für die Teilnahme an der 2. Phase des Wettbewerbs wird das Preisgericht ca. 7 Teilnehmer der 1. Phase auswählen.

Zu IV.3.3) Folgeaufträge

Bei der Umsetzung des Projekts wird der Auslober, ggf. durch einen Dritten, unter Berücksichtigung der Empfehlung des Preisgerichts und den in §8 Abs.2 RPW 2013 genannten Voraussetzungen sowie den Vorgaben der VgV, einen oder mehrere der Preisträger mit weiteren Leistungen gemäß §34 HOAI (Objektplanung Gebäude und Innenräume) stufenweise mindestens bis zur abgeschlossenen Ausführungsplanung (Leistungsphase 5) beauftragen, sofern der (Weiter-)Beauftragung kein wichtiger Grund entgegensteht, so dass durch Art und Umfang der Beauftragung sichergestellt wird, dass die Qualität des Wettbewerbsentwurfs umgesetzt wird. Eine darüberhinausgehende Beauftragung mit den weiteren Leistungsphasen 6 bis 9 wird als Option für den Auslober vorgesehen.

Zu VI.3) Zusätzliche Angaben

1. Fristwahrung und Nachforderung

Nicht fristgerecht eingegangene, unvollständige und/oder formal nicht ordnungsgemäße Teilnahmeanträge bleiben unberücksichtigt.

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Anspruch auf Kostenerstattung im Teilnahmewettbewerb besteht nicht.

2. Mehrfachbeteiligungen

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft im Wettbewerb sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

3. Beizubringende Nachweise im anschließenden Verhandlungsverfahren

Im Zuge der Einladung zum anschließenden Verhandlungsverfahren wird eine Eignungsprüfung durchgeführt. Für die Eignungsprüfung haben die zum Verhandlungsverfahren aufgeforderten Preisträger des Wettbewerbs die folgenden Nachweise zu erbringen:

- a) Nachweise der beruflichen Qualifikation gem. III.1.10 A 2c). eines Mitglieds einer Bietergemeinschaft oder eines Unterauftragnehmers, der im Wege der Eignungsleihe gemäß §47 VgV nach dem Wettbewerb und vor dem Verhandlungsverfahren einer Bietergemeinschaft (später dann ggf.: Arbeitsgemeinschaft) hinzugefügt wird.
- b) Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, dass sie im Auftragsfall eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 5.000.000 Euro für Personenschäden und 10.000.000 Euro für Sachschäden zur Verfügung stellen wird und diese für die gesamte Dauer des Vertrages bis zur vollen Leistungserbringung aufrechterhalten wird. Die Berufshaftpflichtversicherung muss sich auch auf die Leistungen von Unterauftragnehmern beziehen.

Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (also ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden bzw. sonstigen Schäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

- c) Nachweis zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: Gesamtumsatz i.H.v. durchschnittlich 3.000.000 Euro (netto) pro Jahr für Planungsleistungen der Objektplanung für Gebäude gem. §34 HOAI 2013, in den letzten drei Geschäftsjahren.
- d) Nachweis einer durchschnittlichen Anzahl von mindestens 20 angestellten technischen Mitarbeitern mit akademischem Abschluss (Diplom, MA, BA oder vglb. in einem relevanten Fachgebiet), inkl. Inhabern in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit entsprechenden Planungsleistungen der Objektplanung bei Gebäuden beschäftigt waren.

Die genannten Mitarbeiter sollen über mind. 2 Jahre Berufserfahrung nach Hochschulabschluss verfügen. Ein Projektleiter soll über mind. 5 Jahre Berufserfahrung nach Hochschulabschluss verfügen und nachgewiesene Erfahrung in der Projektleitung eines Projekts mit vergleichbarer Komplexität und zumindest teilweiser Sanierung historischer und/oder denkmalgeschützter Substanz verfügen. Derselbe Projektleiter oder ein Teilprojektleiter mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung nach Hochschulabschluss soll zudem über nachgewiesene Erfahrung in der Projektleitung eines Projekts mit zumindest teilweiser Sanierung historischer und/oder denkmalgeschützter Substanz verfügen. Für Leistungsphase 8 soll ein Projektleiter über mind. 5 Jahre Erfahrung in der Bauleitung eines Projekts mit vergleichbarer Komplexität verfügen.

Sollten die Eignungskriterien c) und d) vom Bewerber (dann: Bieter) bzw. der Bewerbergemeinschaft (dann: Bietergemeinschaft) nicht erfüllt werden können, besteht die Möglichkeit, nach Abschluss des Wettbewerbs und vor Beginn des Verhandlungsverfahrens, die fehlende Eignung im Wege der Eignungsleihe gemäß §47 VgV nachzuweisen. Auf diese Möglichkeit wird, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung von Berufsanfängern und kleineren Büros, besonders hingewiesen.

Im Falle, dass der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen will (§47 VgV 2016), müssen diese Unternehmen eine Verpflichtungserklärung gem. §47 Abs. 1 und alle Eigenerklärungen gem. III.1.10 A 2e), 2g) bis 2h) und 2 j) abgeben.

4. Vertragsgrundlage

Vertragsgrundlage werden im Auftragsfall das Vertragsmuster sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) des Auftraggebers.